

## **Wort der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur weiteren Kernenergienutzung und zur Endlagerstandortsuche**

In Aufnahme der Beschlüsse der Landessynode vom November 1997 und vom Mai 2004 und des Beschlusses der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) während ihrer 7. Tagung in Bremen im November 2008 erklärt die 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers während ihrer V. Tagung am 27. November 2009:

1. Die Landessynode bedauert – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Asseproblematik - das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Laufzeiten von Kernkraftwerken zu verlängern und die Erkundung des Salzstockes bei Gorleben alternativlos fortzusetzen und bittet darum, diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung nicht zu verwirklichen.
2. Aus Sicht der Landessynode ist die Kernenergienutzung weder ein wirksamer und verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz noch wegen des möglichen Ausmaßes ihrer Risiken überhaupt eine Technologie, die im Sinne des biblischen Auftrages, die Schöpfung zu bewahren, verantwortet werden kann. Einen wirksamen Klimaschutz hält sie nur durch eine Änderung im Energienutzungsverhalten (Energieeinsparungen, neue technische Verfahren) und die zügige Erschließung anderer umweltschonender Energiequellen für verantwortlich machbar.
3. Über die grundsätzlichen Einwände hinaus kann die Kernenergie nicht als "Brückentechnologie" bezeichnet werden, weil durch eine Laufzeitverlängerung die dadurch anfallenden Mengen hochradioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle gesteigert werden, ohne dass es für die jetzt schon angefallenen Abfallmengen eine sichere Entsorgungsmöglichkeit gibt.
4. Die insbesondere von internationalen Fachleuten auf dem Endlagersymposium in Berlin im Jahr 2008 und der Endlagertagung in Loccum im Jahr 2009 dargelegten Anforderungen an eine Endlagerstandortsuche bzw. ein Endlager bestätigen im Kern die seit vielen Jahren von kirchlicher Seite vorgetragenen Bedenken gegen das in Deutschland bisher praktizierte Vorgehen und die daraus abgeleiteten entsprechenden Forderungen. Umso weniger Verständnis hat die Landessynode dafür, dass die Erkundungsarbeiten im Gorlebener Salzstock - nach den derzeit vorliegenden Informationen - fortgesetzt werden sollen,
  - ohne dass es verbindliche, international anerkannte und für die Öffentlichkeit transparente Sicherheitskriterien gibt,
  - ohne dass eine alternative Standortsuche im Blick auf eine mögliche Endlagerstätte und ein anderes Wirtsgestein als Salz gleichzeitig in Aussicht genommen wird und
  - ohne dass es eine Bürgerbeteiligung auf breiter Basis, insbesondere unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen im Wendland gegeben hat.

5. Die Landessynode hält es für unabdingbar, dass bei allen zukünftigen Entscheidungen und Maßnahmen das Atomgesetz statt des Bergrechtes angewandt wird und dass die unter 4 genannten Grundsätze eingehalten werden.

6. Die Landessynode begrüßt den Beschluss, den der Kirchenkreistag des Ev.-luth. Kirchenkreises Lüchow-Dannenberg am 3. November 2009 in Wustrow gefasst hat und macht sich diesen zu Eigen. Sie bittet das Landeskirchenamt, die Beratung in juristischen Fragen und die Unterstützung bei gerichtlichen Klärungen der Kirchen- und Kapellengemeinden, deren Salzrechte durch eine Fortsetzung der Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben angetastet werden könnten, unbeschadet deren selbstständiger Entscheidungsverantwortung zu gewährleisten. Ein Enteignungsverfahren gegenüber den betroffenen Kirchen- und Kapellengemeinden würde die Landessynode als außerordentlich belastend empfinden.

7. Die Landessynode bittet alle Beteiligten, namentlich auch die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung, mit einer ethisch verantwortbaren wie sachlich vertretbaren Lösung auch ihre friedensstiftende Aufgabe ungeschmälert im Blick zu behalten. Dazu trägt ein Handeln im Sinne des insbesondere unter den Punkten 4 und 5 Gesagten bei. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers steht für die Fortsetzung eines umfassenden Dialogs mit allen Betroffenen und Verantwortlichen zur Lösung der "Endlagerstandortfrage" zur Verfügung.